Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/11012

17. 06. 98

Beschlußempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksache 13/10977 –

Deutsche Beteiligung an der von der NATO geplanten Operation zur Fortsetzung der militärischen Absicherung des Friedensprozesses im früheren Jugoslawien über den 19. Juni 1998 hinaus (SFOR-Folgeoperation)

A. Problem

Die Internationale Gemeinschaft hat bei der Stabilisierung der Lage in Bosnien und Herzegowina große Fortschritte erzielt. Die Friedensvereinbarungen von Dayton sind hinsichtlich ihrer militärischen Bestimmungen erfolgreich umgesetzt worden. Auch bei der Implementierung der zivilen Bestimmungen, insbesondere bei der Bildung gesamtstaatlicher Institutionen, der Flüchtlingsrückkehr sowie wirtschaftlichem und infrastrukturellem Wiederaufbau, wurde seit den Beschlüssen von Sintra und Bonn viel erreicht.

Dennoch ist der Friedensprozeß immer noch gefährdet. Es konnte bisher noch keine selbsttragende Stabilität erreicht werden, die es erlaubt, auf eine militärische Absicherung des Friedensprozesses zu verzichten. Hilfe von außen ist deshalb weiterhin erforderlich. Im Bündnis, bei den internationalen Organisationen und Einrichtungen sowie im Kreis der ehemaligen Konfliktparteien besteht Einvernehmen, daß die multinationale Friedenstruppe jetzt nicht abziehen kann, wenn das Erreichte nicht gefährdet werden soll.

Das Mandat für die militärische Absicherung der Friedensvereinbarung von Dayton durch SFOR endet am 19. Juni 1998. Daher hat das Bündnis den Beschluß gefaßt, vorbehaltlich eines entsprechenden Mandats der Vereinten Nationen, die militärische Absicherung des Friedensprozesses über den 19. Juni 1998 hinaus fortzusetzen. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat am 15. Juni 1998 die Fortsetzung der SFOR-Mission mandatiert.

B. Lösung

Zustimmung zu dem von der Bundesregierung am 17. Juni 1998 beschlossenen deutschen Beitrag zur weiteren Absicherung des Friedensprozesses im früheren Jugoslawien.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Die Kosten für den Einsatz sind, soweit nicht veranschlagt, aus dem Einzelplan 14 zu erwirtschaften.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 13/10977 wird angenommen.

Bonn, den 17. Juni 1998

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Karl-Heinz Hornhues	**Karl Lamers**	**Karsten D. Voigt (Frankfurt)**	**Gerd Poppe**
Vorsitzender	Berichterstatter	Berichterstatter	Berichterstatter
	Ulrich Irmer	**Andrea Gysi**	
	Berichterstatter	Berichterstatterin	

Bericht der Abgeordneten Karl Lamers, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Gerd Poppe, Ulrich Irmer und Andrea Gysi

I.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 240. Sitzung am 17. Juni 1998 den Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 13/10977 an den Auswärtigen Ausschuß zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuß, den Verteidigungsausschuß und den Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

II.

In seiner Sitzung am 17. Juni 1998 hat der **Rechtsausschuß** den Antrag der Bundesregierung beraten und einstimmig angenommen.

Der mitberatende **Verteidigungsausschuß** empfahl in seiner 100. Sitzung am 17. Juni 1998 mit den Stimmen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. bei einer Zustimmung und zwei Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der Gruppe der PDS, die Vorlage auf Drucksache 13/10977 anzunehmen.

Ebenfalls am 17. Juni 1998 beschloß der **Haushaltsausschuß**, den Antrag mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen, der Fraktion der SPD und den Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Gruppe der PDS anzunehmen.

III.

Der federführende **Auswärtige Ausschuß** hat in seiner 91. Sitzung am 17. Juni 1998 den Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 13/10977 nach Kenntnisnahme der Stellungnahmen aller mitbeteiligten Ausschüsse beraten und dem Deutschen Bundestag empfohlen, ihn mit der großen Mehrheit der Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Gruppe der PDS anzunehmen. Ferner hatte der Auswärtige Ausschuß den Sachverhalt zuvor ausführlich in seiner 89. Sitzung beraten.

Bonn, den 17. Juni 1998

Karl Lamers
Berichterstatter

Karsten D. Voigt (Frankfurt)
Berichterstatter

Gerd Poppe
Berichterstatter

Ulrich Irmer
Berichterstatter

Andrea Gysi
Berichterstatterin

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333